



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/130

8. Juni 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Erhard contra Vollbeschäftigung	S.1
Bodenpreise steigen	S.3
Vor der Pariser Schumanplan-Konferenz	
Bericht aus Paris	S.4
Flüchtlingsprobleme international diskutiert	S.6
Nachrichten aus der Ostzone	S.7

Erhard contra Vollbeschäftigung

Von Staatsminister Alfred Kubel

Der Bundeswirtschaftsminister, Professor Dr. Erhard, hat kürzlich vor der Frankfurter Industrie- und Handelskammer u.a. über die Frage der Vollbeschäftigung gesprochen. Nach einem Bericht der "Welt" hat er dabei erklärt, in der Vollbeschäftigung sähe er eine Kaufkraftverfälschung, durch die die Preise steigen und eine Inflation herbeigeführt werden würde, wenn nicht wieder mit Preisstop und Rationierung begonnen werden solle. - Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Ausführungen des Herrn Professor Erhard nicht völlig korrekt wiedergegeben sind. Im Grundsatz stimmen sie aber durchaus mit amtlichen Darlegungen der Bundesregierung überein.

Diese ungeheuerlichen Feststellungen besagen nichts anderes, als dass die Bundesregierung einen Teil der Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt (und also grosse Opfer von Hunderttausenden von Menschen verlangt), um eben nicht "wieder mit Preisstop und Rationierung beginnen zu müssen. Wir haben auf diese Tatsache bereits früher hingewiesen, dürfen aber nicht müde werden, unseren Hinweis zu wiederholen.

Wo liegt man der Fehler eines Wirtschaftssystems, das Furcht davor haben muss, das Recht auf Arbeit ehrlich zu verwirklichen? Erhard folgert so: Wenn die Hunderttausende, die heute erwerbslos sind, in Arbeit gebracht werden, dann steigt die Kaufkraft. Sie wird weiter steigen, weil ganz ohne Zweifel die Folge einer erhöhten Beschäftigung Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung des Arbeitseinkommens

für alle Arbeitnehmer nach sich zieht.

Nun sagt Herr Professor Erhard: Diese erhöhte Kaufkraft findet zur Zeit in Deutschland noch nicht auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs ein ausreichendes Warenangebot vor. Also werden auf diesen Gebieten die Preise steigen, und somit ist die Vollbeschäftigung eine Kaufkraftverfälschung. In diesem Zusammenhang von einer Inflation zu sprechen, ist allerdings ziemlich unvorsichtig; es sei denn, dass man das Sich-Einpendeln unseres Geldwertes auf einer niedrigeren Ebene bereits so nennen will.

Hier versagt - und das eigentlich reizt zur Erwiderung - das Vertrauen unserer Liberalisten in die der Wirtschaft innewohnenden Heilkräfte. Wie müsste es nach der liberalistischen Theorie sein? Eine erhöhte Kaufkraft müsste einen Anreiz zu erhöhter Fabrikation von Mangelwaren zur Folge haben und eine vorübergehende Preissteigerung schnell abgelöst werden durch eine sich anschließende Preis-senkung - eben infolge des mit erhöhter Produktion steigenden Angebots.

Wir wissen, dass es eine Anzahl von Hemmungen gibt, deretwegen dieses an und für sich durchaus richtige Gesetz der freien Wirtschaft unter unseren heutigen Umständen nicht funktionieren kann. Unsere Volkswirtschaft ist in hohem Masse abhängig vom Aussenhandel und von Faktoren anderer Art, die auch die Bundesregierung nicht gestalten kann: etwa von der Höhe des Zinses und den Bedingungen, zu denen sie Wirtschaftskredite bekommen kann. Sie ist also gar nicht frei und kann es auch vorläufig nicht sein. Statt nun aber daraus die selbstverständliche Konsequenz zu ziehen, dass auf gewissen Gebieten eine Rationierung durchaus angebracht ist und dass dort, wo ein Preis sich nicht "frei einpendeln" kann, unangebrachte Preisforderungen durch Preisstop verhindert werden müssen, zieht es die Bundesregierung offensichtlich vor, die staatsbürgerliche Freiheit Hunderttausender von Erwerbslosen einzuschränken. Sie wird wissen, wie wir es wissen, dass jedermann seine Freiheit nur insoweit gebrauchen kann, als die notwendigsten materiellen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Uns will scheinen, dass hier ein Spiel mit Worten getrieben wird. Man kann nicht gut sagen: 'Wir können uns im Augenblick die Vollbeschäftigung nicht leisten, weil sie nur erträglich ist in einer vernünftigen Planwirtschaft. Wir wollen keine vernünftige Planwirtschaft, weil sie das Entstehen ungerechtfertigter Profite wesent-

lich erschwert. Deshalb erscheint es uns durchaus zweckmässig, so fortzufahren, wie das in kapitalistischen Zeiten immer geschehen ist, d.h. die Wirtschaft auf Kosten der Massen unserer Arbeitnehmer wiederaufzubauen. Dafür nehmen wir die Aufrechterhaltung einer gewissen Arbeitslosigkeit in Kauf'.

- - - - -
Bodenpreise steigen
 - - - - -

sp. Seit dem 17. Oktober 1936 besteht für Grundstücke eine Preisstopverordnung, die auch noch heute den Höchstpreis bei Verkäufen bestimmt. Da inzwischen Grund und Boden einer nicht selten beträchtlichen Veränderung unterworfen wurde, ist die Preisprüfung eine recht umständliche Angelegenheit geworden. Käufer und Verkäufer suchen den Preisstop vielfach durch "schwarze" Zuschläge zu umgehen.

Die letzten statistischen Angaben zeigen, dass die Entwicklung der Bodenpreise uneinheitlich ist. In den Klein- und Mittelstädten sinken zum Beispiel die Preise für Ruinengrundstücke und nicht selten ist mit Hinweis auf diese Ausnahmefälle die völlige Beseitigung der Preiskontrolle gefordert worden, da "die Preise oftmals weit unter den amtlichen Höchstpreisen" lägen. Wie wenig jedoch sowohl die gelegentliche Unterschreitung der Höchstpreise eine Aufhebung des Preisstopps rechtfertigen würde, zeigen die Preisbewegungen für grossstädtische und landwirtschaftliche Grundstücke.

In den Grosstädten werden in steigendem Masse für Wohngebäude wie für Ruinengrundstücke Preise gefordert und auch bezahlt, die weit über den zulässigen Höchstpreisen liegen - wenn sie auch wegen der allgemeinen Kapitalknappheit und hohen Kreditkosten nicht mehr die Höhe haben wie vor noch einem halben Jahre.

Schlimmer noch ist es auf dem flachen Lande. Millionen von Heimatvertriebenen versuchen, ihren alten landwirtschaftlichen Beruf wieder aufzunehmen. Selbst wenn aber diese Nachfrage nicht bestünde, würde das Angebot unzureichend sein. Besonders viele der jüngeren landwirtschaftlichen Arbeiter und Dorfhandwerker bemühen sich um den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke, und sie bieten oftmals Preise, die die Höhe des Einheitswertes um das Vier- bis Fünffache übertreffen. Wollte man diese Preisentwicklung sich ungehemmt austoben lassen, dann müsste eine unerträgliche landwirtschaftliche Besitzverschuldung das Ergebnis sein.

An eine Beseitigung der Preisüberwachung kann also zunächst nicht gedacht werden. Zu erwägen wäre höchstens eine Vereinfachung der heutigen komplizierten Preiskontrolle.

Vor der Pariser Schumanplan - Konferenz

Von Alfred Frisch, Paris

Man weiss zwar , dass sich in Paris die europäischen Sachverständigen zu einer ersten Beratung über die Einzelheiten des Schumanplanes am 20. Juni treffen werden, es fehlen jedoch nach wie vor alle Angaben über die genauere Form und Arbeitsweise der beabsichtigten Montanunion, obwohl aller Wahrscheinlichkeit nach die französischen Stellen ein ins einzelne gehende Arbeitsprogramm ausgearbeitet und sich dadurch zweifellos beim Start eine nicht zu unterschätzende Überlegenheit gegenüber ihren Verhandlungspartnern gesichert haben.

In Erwartung der Sachverständigenkonferenz dürfte es nicht uninteressant sein, das allgemeine französische Klima um den Schuman-Plan zu kennen. Da der Gedanke die öffentliche Meinung Frankreichs begeisterte, sind aus taktischen Gründen selbst die Zweifler und die Gegner zur Zustimmung verpflichtet. Sie begnügen sich damit, vorsichtig und in gewissen zeitlichen Abständen mehr oder weniger weitgehende Vorbehalte geltend zu machen, in der Hoffnung, die Verwirklichung der europäischen Montanunion auf diesem Wege sicherer zu verhindern als durch offenen Widerstand. Auf dieser Ebene kann man noch manche unangenehme Überraschung erwarten.

Im Mittelpunkt steht die französische Stahlindustrie. Offiziell enthält sie sich jeder Meinungsäusserung, inoffiziell lässt sie jedoch ihre Abneigung deutlich erkennen. Die Gründe sind nicht mehr unbekannt. Neu ist jedoch der Versuch, von den Vorteilen des Schuman-Planes zu profitieren und die eventuellen Nachteile auszuschalten. Behutsam, aber sehr systematisch legen die Sprecher der Stahlindustrie das Schwergewicht auf die Kohle. Während der Präsident ihres Berufsverbandes in Metz stolz bekanntgab, die Industrie sei durchaus jeder ausländischen Konkurrenz gewachsen, unter der Voraussetzung, dass sie ihre Kohle nicht wie bisher teurer bezahlen müsse als deutsche oder britische Betriebe, wandte sich in einer grossen Pariser Wirtschaftszeitung eine andere, der Schwerindustrie nahestehende Persönlichkeit gegen die Verkettung von Stahl und Kohle, da es für die Mehrheit der Verbraucher eine unvermeidbare Ungerechtigkeit sei, den Stahlwerken ein massgebendes Kontrollrecht über die Kohlenpreise zu geben. Soviel Billigkeitssinn einer bisher immer rücksichtslosen Interessengruppe ist verdächtig. Das Ziel ist klar: Man möchte den Schuman-Plan mit der Kohle beginnen, um von Deutschland sofort zu

niedrigsten Preisen bedient zu werden und um gleichzeitig die eigenen verstaatlichten Kohlengruben wirtschaftlich zu unterminieren. Die Zusammenlegung der Stahlwirtschaft wird als zweite, bis auf weiteres in der Ferne liegende Etappe empfohlen. Selbstverständlich kommt eine derartige Lösung für Deutschland überhaupt nicht in Frage, denn die deutschen Zugeständnisse blieben völlig ohne Gegenleistung. Ein Eingehen der französischen Regierung auf diesen Versuchsballon der Schwerindustrie ist übrigens mehr als unwahrscheinlich.

Nicht weniger bedenklich ist allerdings der wahrscheinlich offizielle Gedanke der Schaffung einer Preisausgleichskasse für Kohle. Nach französischen Berechnungen liegen die Gestehungskosten der eigenen Kohle um rund 30 Prozent über denjenigen der deutschen. Angeblich lässt sich dieser Unterschied langfristig weder durch die Schliessung unrentabler französischer Gruben, noch durch weitgehende Mechanisierung der Förderung ausgleichen. Andererseits hält man es für unmöglich, die französische Kohlenwirtschaft nur auf die rentabelsten lothringischen Schächte zu beschränken. Man sieht die Lösung in der Festsetzung eines Mittelpreises. Der von den deutschen Gruben zusätzlich erzielte Gewinn müsste dann zur Deckung des französischen Verlustes dienen. Für die Übergangszeit dürfte eine derartige Ausgleichskasse unvermeidbar sein, es besteht nur die Gefahr, dass sie zur Dauer-einrichtung wird, d.h. zu einer ständigen Belastung der deutschen und auch der französischen Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten.

Eine starke Stütze des Schuman-Planes in der Wirtschaft ist die verarbeitende Industrie, die auf die Lieferung billigster Rohstoffe Wert legt, in erster Reihe die Stahlverbraucher. Seit Kriegsende besteht in Frankreich ein rücksichtslos gehandhabtes Verkaufsmonopol der Stahlindustrie. Das hat zu einer starken Verbitterung geführt, die sich jetzt bei den Schumanplan-Verhandlungen mehr und mehr Luft machen wird.

Auf der politischen Ebene stellt sich die Frage, ob nach dem britischen Entschluss, an den Verhandlungen vorläufig nicht teilzunehmen, die französischen Sozialisten weiterhin den Schuman-Plan billigen, umsomehr, als eine jüngste Entschliessung ihres Parteitagess aus der britischen Beteiligung beinahe eine unabänderliche Bedingung machte. In sozialistischen Kreisen ist man weitgehend der Ansicht, dass für die britische Abseitsstellung keine sachlich berechtigten Gründe vorliegen und der Schuman-Plan infolgedessen nicht einer

Politik zum Opfer gebracht werden muss, die von rein englischen Motiven getragen ist. Man kann daher wohl annehmen, dass die französischen Sozialisten den Schuman-Plan weiterhin unterstützen, allerdings unter der Voraussetzung einer ausreichenden Beteiligung der Gewerkschaften.

- - - -

Flüchtlingsprobleme international diskutiert

sp. Im Belgischen Haus in Köln tagte dieser Tage das internationale Flüchtlingskomité der europäischen Bewegung unter dem Vorsitz des früheren Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, des Engländer Harold Butler. Delegierte aus Holland, Belgien, Frankreich, Österreich und Deutschland nahmen daran teil. Die deutsche Delegation bestand aus Ministerialdirigent Dr. Mittelmann vom Bundesflüchtlingsministerium, dem Chef der Landesflüchtlingsverwaltung Hessen, Wenzel Jaksch und in Vertretung des Leiters des Evangelischen Hilfswerks, des Bundestagsabgeordneten Dr. Gerslebenmeier, Dr. Werner von Schmieden.

Dem Internationalen Flüchtlingskomité war die Aufgabe gestellt, Vorschläge zur Lösung der Flüchtlingsfrage für die europäische Sozialkonferenz vorzubereiten, die vom 3. bis 6. Juli 1950 in Rom zusammenkommt. Die Beratung stand im Zeichen einer wachsenden Aufgeschlossenheit der westeuropäischen Länder für das Flüchtlingsproblem im allgemeinen und im besonderen für das Vertriebenenproblem in Westdeutschland. Es wurde erkannt, dass die Existenz von acht Mill. Potsdam-Vertriebenen und 1,5 Mill. Flüchtlingen aus der Sowjetzone in Westdeutschland nicht nur ein innerdeutsches Problem darstellt.

Als Land mit dem nächstgrössten Flüchtlingsproblem überreichte der Delegierte von Österreich ein Memorandum. Darin wird dargelegt, dass in Österreich 500.000 Vertriebene leben. Davon sind 75 858 fremdsprachige Ausländer. 50 346 Südtiroler, 7 414 jüdische Flüchtlinge, der Rest Sudetendeutsche und Volksdeutsche aus den südosteuropäischen Ländern.

Neben den spezifischen Problemen Westdeutschland und Österreichs existiert darüber hinaus in Westeuropa noch verschiedene Spezialprobleme, wie das Problem der Spanienflüchtlinge in Frankreich und das Problem der zurückgebliebenen DP's und der Neu-Flüchtlinge aus den russischen Satellitenstaaten in Westdeutschland und Österreich.

Es gibt, so wurde auf der Tagung übereinstimmend festgestellt, ein gesamteuropäisches Flüchtlingsproblem, zu dessen Lösung die europäische Solidarität beitragen müsse. Die Zeit der fürsorglichen und charitativen Lösungsversuche sei vorbei. Deshalb einigte sich das Komitee auf Empfehlungen an die Sozialkonferenz, in der im Vordergrund der Ruf nach einer produktiven Eingliederung der Vertriebenen in die gesamteuropäische Wirtschaft steht. Es wurde die Schaffung einer gesamteuropäischen Hilfsorganisation angeregt, welche durch eine interantionale Anleihe in die Lage versetzt werden soll, die verschiedenen nationalen Hilfspläne im Interesse des europäischen Wiederaufbaus zu koordinieren. Eine solche Empfehlung soll durch die Sozialkonferenz in Rom sowohl an den Europarat als auch an die OEBC geleitet werden.

- - - -

Nachrichten aus der Ostzone

Die Russen auch in Afrika?

sp. Der Ostzonenpräsident Pieck besucht ein Altersheim und unterhält sich mit den Insassen. Die Alten schildern ihre Sorgen und Nöte; besonderen Raum nahm der ständige Hunger ein. Man beschwerte sich, dass man nicht einmal einen Viertel Liter Milch bekomme. Pieck versuchte eine Greisin zu beschwichtigen. "Ja, Muttchen, wo sollen wir denn die viele Milch hernehmen. Den Kindern sollen wir Butter geben, die MO braucht Butt-er und Käse für die Aktivisten muss schliesslich auch aus Milch gemacht werden. Wenn wir soviel Milch wie Wasser hätten... Was meinen Sie - in Afrika wären manche Leute froh, wenn sie überhaupt Wasser hätten!" Die Greisin fragt verstehend: "Wieso - sind denn da auch die Russen?"

- - -

Zur FDJ gezwungen

sp. 180 schwer erziehbare Jugendliche aus dem Erziehungsheim in Lichtentanne bei Zwickau wurden geschlossen im Objekt II der Wismut-AG in Oberschlema eingesetzt und verrichten dort schwere körperliche Arbeit. Als bekannt wurde, dass die FDJ ihre Teilnehmerzahl zum Pfingsttreffen nicht erfüllen werde, wurden diese Jugendlichen, die in ihrem Heim geschlossen die FDJ-Mitgliedschaft erwerben mussten, nach Berlin transportiert.

- - -